

# Leipziger Tageblatt

## Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 84

Haupt-Verleger: Dr. Coert, Leipzig

Freitag, den 17. Februar

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

### Rücktrittsgesuch Brockdorff-Ranzau?

#### Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich

Wien, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wenn auch noch nicht alle Stimmen über die gestern stattgefundenen Wahlen zur österreichischen Konstituante vorliegen, so kann man sich doch schon ein Bild von der parteipolitischen Zusammensetzung des neuen Parlaments machen. Das Ergebnis in Wien läßt sich dahin zusammenfassen: 1. Ueberwältigender Wahlsieg der Sozialisten, die von den auf die Hauptstadt entfallenden 48 Mandaten mindestens 32 erhalten werden. 2. Starker Rückgang der Christlich-Sozialen, die nicht mehr als 12 oder 13 Mandate errungen haben. 3. Vermindernde Niederlage der bürgerlichen Demokraten. 4. Starke Minderheit für die nationalen Gruppen. 5. Eine hohe Stimmenzahl brachten die Tschechen auf.

Ueber die Wahlen im Lande liegen bisher nur Teilergebnisse vor. Der Wahlkampf spielte sich fast überall nur zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen ab. Die alten Nationalverbände weichen überall sehr starke Rückgänge auf. In Nieder-Oesterreich erlebten die Sozialdemokraten Zweidrittel- bis Dreiviertel-Mehrheit. In Tirol stellten 8 von den 8 zu verteilenden Sitzen an die Christlich-Sozialen.

Die bisher vorliegenden Wahlergebnisse lassen erkennen, daß das Gesamtresultat eine wenn auch nur geringe bürgerliche Mehrheit in Deutsch-Oesterreich bringen wird.

#### Notenstempelung auch in Deutsch-Oesterreich

Wien, 16. Februar. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Mit der erfolgten Sperreordnung folgt Deutsch-Oesterreich nun dem tschechischen Beispiel, und weil doch die Währungsstrenge nunmehr unaufhaltsam geworden ist, Finanzminister Steinwender teilt mit, daß die Notenstempelung in Deutsch-Oesterreich bereits begonnen habe. Die abgestempelten Noten werden jedoch erst dann dem Verkehr übergeben, wenn der tschechische Staat damit den Anfang macht. Mit dem heutigen Tage ist jedoch bereits an den Grenzen Deutsch-Oesterreich ein Schlagbaum für den Geldverkehr niedergelassen. Ueberweisungen von Bankguthaben sind verboten, verschlossene Geldbriefe werden nicht mehr zugelassen. Die Reisenden werden an der Grenze einer weitgehenden Kontrolle ihres Besitzes an Banknoten unterworfen. Wie verlautet, wird Deutsch-Oesterreich keine Abstempelungsgebühr und keine Zwangsanzahlungen erheben. Zwischen Deutsch-Oesterreich und Ungarn finden Verhandlungen über ein solches Vorgehen statt. Die bevorstehende Abstempelung hat in einem Massenandrang bei den Sparkassen geführt. Die erste österreichische Sparkasse mußte gestern die Höchstzulagen von 50 000 auf 5000 Kronen beschränken.

Wien, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Mg. Korrespondenz“ aus Prag meldet, hat der tschechische Gesandte in Paris seiner Regierung mitteilen lassen, daß die Entente dringend eine Verständigung der Tschecho-Slowaken und Deutsch-Oesterreich über die schwelenden wirtschaftlichen und finanziellen Fragen wünscht. Schon in den nächsten Tagen dürfte dieser Vorschlag nach Wien gelangen.

#### Das neue „Abkommen“

Von unserer Berliner Schriftleitung.

X Die deutsche Regierung hat die neuen Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Die Verantwortung ist so groß, daß die Regierung nicht glauben, sie allein tragen zu können. So entschloß sich das Kabinett dafür, die Fraktionsführer zusammenzuberufen. Daß die Unabhängigen und Deutschnationalen nicht zu erreichen waren, lag, wie aufs bestimmteste und glaubwürdig versichert wird, nur an einem Zufall. Es ist ja auch selbstverständlich, daß dem Kabinett gerade an der Mitbestimmung der beiden extremen Parteien besonders viel gelegen sein mußte. Die versammelten Fraktionsführer entschieden sich einmütig für die Annahme der Bedingungen und für die Protestkundgebung, die das Kabinett in Trier überreichen ließ. Mancherlei Gründe sprachen für die Ablehnung des Abkommens, insbesondere die dem Oberkommando erteilte Ermächtigung, von sich aus mit dreitägiger Frist den Waffenstillstand zu kündigen, falls die Bedingungen nicht rechtzeitig erfüllt werden sollten. Zu diesen Bedingungen gehören die bisherigen Forderungen, die wir trotz der größten Anstrengungen nicht voll erfüllen konnten und deren Erfüllung auch in Zukunft in Frage gestellt sein wird. Nach dem neuen Vertrag ist nun aber der Marschall Foch in der Lage, jeden Augenblick den Kriegszustand wieder herzustellen und in das noch nicht besetzte Deutschland einzumarschieren. Das bedeutet die letzte gefährlichste Erschütterung unseres Wirtschaftslebens. Insbesondere wird überall im Westen im Hinblick auf die drohende Gefahr der langsam erwachenden Unternehmungsgestalt wieder niedergedrückt werden. Deutschland tritt damit in das möglicherweise katastrophale Stadium der absoluten Unsicherheit und ist der Willkür des feindlichen Militarismus ausgeliefert.

Wenn sich das Reichskabinett und die Fraktionsführer trotzdem entschlossen haben, die neuen Bedingungen anzunehmen, so geschah es in der Ueberzeugung, daß der Wiederbeginn des Kriegszustandes noch schlimmere Folgen hätte. Man befürchtete einen völligen Zusammenbruch des deutschen Volkes, wenn die feindlichen Heere Deutschland überschweben sollten. So entschloß man sich schweren Herzens, das Ultimatum (von einem Vertrag kann kaum mehr gesprochen werden) anzunehmen und gleichzeitig den Standpunkt der deutschen Regierung in einer Erklärung niederzulegen, die trotz ihrer milden Form die Bedeutung eines Protestes haben soll.

Außerhalb der Demarkationslinie, die nach dem Willen der Entente gezogen werden soll, bleiben die überwiegend deutschen Städte Birnbaum und Senftenberg. Damit ist künftighin auch der Bahnverkehr nach Berlin und die Versorgung der Reichshauptstadt mit Lebensmitteln ernstlich gefährdet. Viel schlimmer ist aber, daß wir nicht die geringste Garantie dafür erhalten, daß die Polen die Demarkationslinie beachten, die deutsche Bevölkerung menschenwürdig behandeln und die deutschen Gefangen zurückgeben werden. So sind wir auch der polnischen Willkür wehrlos ausgeliefert, denn es ist mehr als wahrscheinlich, daß der schäblichste Versuch der deutschen Regierung, für sich wenigstens das Recht der Abwehr in Anspruch zu nehmen (1), bei unseren Gegnern kein Verständnis finden wird.

Die deutsche Erklärung weist auch auf die in der modernen Geschichte unerhörte Tatsache hin, daß die feindlichen Mächte in ihrem neuen Waffenstillstandsdiplom die vom deutschen Volke gewählte Regierung völlig ignorieren und sich im Besonderen allgemein an die „Deutschen“ wenden. Früher hatte die Entente immer erklärt, sie führe den Krieg nur gegen die Kaiserregierung und nicht gegen das deutsche Volk. Jetzt will man offenbar kein Hehl mehr daraus machen, daß der Vernichtungswille des französisch-englischen Imperialismus sich gegen das Deutschland in seiner Gesamtheit richtet. Von diesem Gesichtspunkt aus ist der langjährige feindliche „Befehl“, in dem nach der Mitteilung des Marschalls Foch der Wille der verbündeten und assoziierten Regierungsobersten zum Ausdruck kommt, ein Dokument von eigenartiger Kulturprägung.

Die bedeutsame Rede, die Herr von Brockdorff-Ranzau in Weimar erhob, hat, haben, wie leider nachgerade vorauszusetzen war, auf die Nachhader der Entente nicht den geringsten Eindruck gemacht; weder in der Frage der Versorgung mit Lebensmitteln, noch in der über das Schicksal unserer Kriegsgefangenen ist uns irgend ein Zugeständnis gemacht worden. Der Feind diktiert, und wir haben abzuwarten, bis er die Gnade hat, uns seinen Willen mitzuteilen. Mittlerweile nähert sich die Zahl der an den Folgen der Hungerblockade zugrunde gehenden Deutschen einer Million und treiben die Belgier und Franzosen die deutschen Kriegsgefangenen zur Sklavenarbeit in die durch den Krieg verwüsteten Gebiete.

An der Beratung der neuen Waffenstillstandsbedingungen hat in Paris auch Präsident Wilson teilgenommen. Es ist daher nur selbstverständlich, daß die deutsche Note zum Schluß an die „Grundsätze des Präsidenten der Vereinigten Staaten“ erinnert. Man muß heute fast ausschließlich daran erinnern, daß die Grundfrage nur noch auf dem Papier bestehen. Ein Frieden der Gerechtigkeit kommt nach deutschen Begriffen niemals. Was unsere Feinde unter Gerechtigkeit verstehen, dafür liefern die neuen Waffenstillstandsbedingungen einen schlagenden Beweis.

E. E. Wir können nicht umhin, über den Ton der deutschen Regierungserklärung noch unser besonderes Befremden auszusprechen. Wenn eine Regierung schon überhaupt glauben davon sprechen zu sollen, daß sie befugt sein müsse, wenigstens in der Abwehr ihre Waffen zu gebrauchen, so kann man wohl sagen, daß

#### Der Staatsminister des Auswärtigen will gehen?

Weimar, 17. Februar. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Wie wir hören, ist der Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Ranzau zu dem Entschluß gekommen, sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Das Gesuch liegt zwar schriftlich noch nicht vor, wird aber in den nächsten Stunden abgegeben werden. Der Beschluß des Kabinetts, die Ententebedingungen anzunehmen, der, wie wir sagen dürfen, übrigens nicht einstimmig gefaßt wurde, ist der Grund seines Rücktrittsgesuches. Der Graf ist entschlossen, nur eine Politik, wie sie seinen Grundgedanken entspricht, mitzumachen und hat daraus jetzt die Konsequenzen gezogen.

Weimar, 17. Februar. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Halbamtlich wird folgende Mitteilung ausgegeben: Es ist richtig, daß zwischen Graf Brockdorff-Ranzau einerseits und dem Kabinett andererseits in der Frage der Beantragung der Ententevorschlüsse über die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens eine Meinungsverschiedenheit bestanden hat. Ein hinreichend begründeter Antrag zum Rücktritt des Ministers ist aber nach Ansicht der Regierung nicht gegeben.

Wie unsere Berliner Schriftleitung hierzu erzählt, sind die Rücktrittsgesuche des Grafen Brockdorff-Ranzau in der Tat ausschließlich durch die Ablehnung der deutschen Antwort auf das Waffenstillstandsultimatum veranlaßt. Die Behauptung der „Freiheit“, daß die Rede des Ministers in der Nationalversammlung die bürgerlichen Parteien verstimmt und daß daraus Graf Brockdorff-Ranzau die Konsequenzen gezogen habe, entbehrt jeder tatsächlichen Unterlage und verfehlt natürlich nur den Zweck, der Regierung innerlich der Sozialdemokratie neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Deutschnationalen Volkspartei hat sich jetzt entschieden auf den Standpunkt gestellt, die Annahme der Ententebedingungen zu mißbilligen. Oestern glaubte man noch, daß sie, falls ihre Parteiführer hätten aufgefunden werden können, sich den Beschläßen der übrigen Parteiführer angeschlossen hätten. Von der Deutschen Volkspartei hat ihr Führer Heine bei den Beratungen im Kabinett mitgezogen und seine Anschlüssen gebilligt.

#### Unterredung mit dem Reichskolonialminister

Weimar, 16. Februar. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Der deutsche Kolonialminister Justizrat Dr. Well-Eisen gab in einer Aussprache mit einem Journalisten die Ansichten kund, die er über das neue Amt hat. Er sagte u. a.: Der Entschluß der Reichsregierung, das Kolonialamt entgegen der ursprünglichen Absicht, sofort zu befehlen, ist wohlwollend und begründet, und man tut sicherlich Unrecht, wenn man darin eine reine Demonstration erblickt. Es ist allerdings ganz gut, wenn wir nach außen hin in positiver Form zu erkennen geben, daß wir unsere nach unserer Auffassung sicherlich wohlberechtigten Ansprüche erneut anmelden. Wenn ich mich auch bisher mit Kolonialfragen sehr eingehend beschäftigt habe, zumal als Vorstandsmitglied des Essener Kolonialvereins, so ist doch klar, daß ich mich erst in mein neues Amt einleben muß. Es ist uns allen wohl bekannt, daß die Entente eine Propaganda betreibt, mit der sie hofft, der Welt die Ueberzeugung beizubringen, daß das Deutsche Reich in der Verwaltung der Kolonien eigentlich nur Mißgriffe begangen hat. Wenn ich nun auch weit davon entfernt bin, die Behauptungen unserer selbstberühmten Gegner irgendwie zu unterstützen, so bin ich mir doch klar darüber, daß wir durchaus nicht immer schlechter gehandelt haben. Ich will die Fehler aufdecken, die begangen worden sind. Ebenso will ich in meinem neuen Amt alle Arbeiten vorbereiten, damit wir in dem Augenblick, wo wir beim Friedensschluß in den Besitz unseres Kolonialreiches gelangen, auch in der Lage sind, es maßgeblich zu leiten.

#### Französische und englische Urteile zum Völkerbundsentwurf

Genf, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In den französischen Zeitungen liegt der erste Entwurf über den Entwurf zur Verfassung des Völkerbundes vor. Von Begeisterung ist weder in der konservativen noch in der sozialistischen Presse etwas zu spüren. In der „Humanité“ erklärt der Abg. Cachin annehmbar, daß dieses Ergebnis der Verhandlungen der Großmächte eine große Enttäuschung gerechtfertigt habe und daß es die Hoffnungen auf eine neue Weltordnung

nicht erfüllt. Die Regierungspresse, so „Le Temps“ und „Figaro“, freuen sich, daß aus dem Idealismus Wilsons nichts Schlimmeres hervorgegangen ist, als die Forderung der Allianz der Gegner Deutschlands. Die nationale Presse erhebt Widerspruch gegen jede Einschränkung der Forderungen Frankreichs, die nur zur Folge haben werde, daß dieses um so mehr abhängig von seinen Vorgesetzten werde, je schneller Deutschland sich von seiner Niederlage erhole.

Nach den in Holland vorliegenden Meinungen nehmen die englischen Blätter den Völkerbundsentwurf mit Begeisterung auf. Eine Ausnahme macht nur die „Morning Post“. Sie ist ablehnd verhält. Selbst die „Times“ schreiben, der Entwurf sei dem von Emuts geschätzten und gebe eine gegenseitige Garantie mit unbeschränkter Haftung. Die Abschaffung der Neutralität sei das wichtigste Merkmal des Völkerbundes.

#### Vor Unruhen in Italien

Mailand, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der italienische Vertreter des „Fürcher Tagesanz.“ berichtet, daß Italien vor der Revolution stehe. Man dürfe sich darüber tatsächlich nicht täuschen. Die Eisenbahner fordern nach dem Beispiel ihrer ausländischen Kollegen große Lohnerbhöhungen und 40stündige Arbeitszeit in der Woche. Außerdem gehen sie darauf aus, Eisenbahnerräte zu bilden. In allen Städten schwillt das Heer der Arbeitslosen an und bedrohlich an, so daß wenig Hoffnung besteht, daß Italien eine Krise, wie sie in den nordeuropäischen Ländern besteht, erspart bleiben wird. Um nicht weitere Hunderttausende an einmal in die Großstädte zu werfen, ordnete die Regierung eine Verlangsamung der Demobilisierung an. In der Campagna herrscht Hungerdof.

#### Mitbestimmung unter den französischen Besatzungstruppen

Karlsruhe, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir aus Rehl indirekt erfahren, lassen verschiedene Anzeichen erkennen, daß die französischen Militärbehörden der schwer gereizten Stimmung der Besatzungstruppen Rechnung tragen müssen. Für die besetzten Gebiete sind neuerdings nur ganz zuverlässige und ausserwählte Soldaten bestimmt worden. Die Besetzung des Brückenkopfesgebietes am Rehl wurde erhöht und beträgt jetzt mehr als 10 000 Mann. In den Kreisen der Besatzungstruppen rechnet man mit einer ursprünglich ausbrechenden Revolution in Frankreich.

#### Eine Verschwörung gegen Wilson?

Saag, 17. Februar. (Drahtbericht.) Aus New York wird gemeldet, daß dort eine Verschwörung gegen das Leben des Präsidenten Wilson entdeckt wurde. Der Anarchist Pietro Pierre wurde verhaftet.

#### Die Regierungsozialisten der Entente

Paris, 16. Februar. (Havasmeldung.) Der englische Arbeiterminister Barnes hat erklärt, das freie Frankreich stimme den 40 nationalen französischen Sozialisten durchaus bei; in ihnen spiegle sich auch die Forderung der englischen Arbeiter wider, welche den Krieg einzig und allein zur Vernichtung des preussischen Militarismus begonnen hätten. In Bern hat Barnes, wie er sagte, eine wohlwollende Neutralität beobachtet; er verpicht sich wenig von solchen Bewegungen, denn er hält die deutsche Revolution für recht fast, und kraftlos und bezweifel, daß sie der Art der deutschen Stimme, zu denken und zu handeln, wesentlich ändern werde. Barnes erklärte weiter, die internationale Konferenz in Paris habe die Beschlüsse des Berner Gewerkschaftskongresses gut aufgenommen; wir tun, sagte er, das Mögliche, um die Magna Charta der Arbeit in den Friedensvertrag hineinzubringen. Die Verbältnisse Rußlands bilden eine furchtbare Waffe für die Kapitalisten, welche sie ausnützen, um das gegen die Demokratie zu setzen, von der das Bolschewikentum doch nur die Karikatur ist. Barnes bekräftigte die äusseren Bemerkungen, um den Völkerbund zu fördern zu bringen, und verlangt die weitestgehende Abhebung der Genossenschaftsbewegung. Nach ihm müsse die Regierung dem Proletariat ein Höchstmaß von Wohlergehen und die Regelung der Arbeitsbedingungen für Frauen und Arbeiter sichern; das Genossenschaftswesen werde die kapitalistische Wirtschaftsweise mehr und mehr ersetzen.